

# POLICY BRIEF

April 2018

Sophie Pornschlegel

## Wie gelingt der „Aufbruch für Europa“?

Sieben Vorschläge für die Europa-Agenda der Bundesregierung bis 2021

**Der Titel des Koalitionsvertrags verspricht nicht weniger als einen „neuen Aufbruch für Europa“. Worin dieser Aufbruch genau besteht, führt er jedoch nicht aus. Dieser Policy Brief versucht, aus dem großen Interpretationsspielraum des Europapolitik-Kapitels im Koalitionsvertrag einige Politikansätze detaillierter herauszuarbeiten. Die Ideen sollen helfen, die deutsche Europa-Agenda ambitioniert auszugestalten und wichtige Zukunftsthemen in Brüssel zu setzen.**

### Einleitung

Nach fünf Jahren Europapolitik in der großen Koalition, die größtenteils von Angela Merkel gesteuert wurde, wird es Zeit für neue Visionen in der Bundesregierung. Gerade die SPD muss es schaffen, in der dritten GroKo klare europapolitische Positionen zu vertreten, statt im Windschatten der CDU zu bleiben. Dabei kann sie sich – wenn sie sich nicht weiter in kleinkarierten Personaldebatten verliert – auf die Unterstützung der Grünen in der Opposition verlassen.

Eine progressive Europa-Agenda ist nötiger denn je. Seit 2013 hat sich der innen- und außenpolitische Kontext für die Europäische Union maßgeblich verschlechtert. Intern muss die EU dem Druck von Populisten standhalten, die insbesondere in Ländern wie Polen oder

Ungarn nicht nur anti-europäisch eingestellt sind, sondern die liberale Demokratie als Ganzes in Frage stellen. Aber die Kritik kommt auch von Linkspopulisten wie in Frankreich oder Griechenland, die die Austeritätspolitik der EU als anti-demokratisch bezeichnen. Außenpolitisch muss die EU mit einer instabilen Lage zurechtkommen: In der unmittelbaren Nachbarschaft treiben Länder wie Russland oder die Türkei eine autoritäre und anti-demokratische Agenda voran; andere Länder wie Libyen sind im Chaos versunken. Auch auf den historischen Partner USA ist seit der Wahl Trumps kein Verlass mehr in der Außen- und Sicherheitspolitik – und noch weniger in der Handelspolitik. Es ist inzwischen sogar fraglich, ob Trump liberale Werte verteidigt und an einem geeinten Europa Interesse hat. Und spätestens seit den Anschlägen in Paris 2015 ist klar, dass Außenpolitik sich nicht von Innenpolitik trennen lässt, sondern dass

außenpolitische Entscheidungen direkte Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die innere Sicherheit eines Landes haben.

Dafür werden mehr denn je progressive Ideen und breit getragene Reformvorschläge gebraucht; ein Merkel'sches „weiter so“ ist also längst keine Option mehr. Statt wie in der Vergangenheit zahlreiche Krisen ungelöst zu lassen oder aufgrund mangelnden Konsens die Probleme zu externalisieren, muss die EU wieder handlungsfähig werden. Gleichzeitig gibt es Versuche, die großen symbolischen Versprechen der europäischen Integration zu erneuern. Beispielsweise hat Emmanuel Macron in seinen Reden in Athen und an der Sorbonne konkrete, ambitionierte und ernst gemeinte Zukunftsentwürfe vorgestellt, was seit geraumer Zeit in Europa kein Regierungschef mehr geleistet hatte.<sup>1</sup> Der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz allerdings wählte mit seinem Aufruf zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ im Dezember 2017 den Augenblick denkbar ungünstig, da die politische Dynamik für eine tatsächliche Vertragsänderung zu diesem Zeitpunkt fehlte.

In Zeiten von erstarkendem Populismus und eines wachsenden Misstrauens der Bevölkerung gegenüber der EU haben es EntscheidungsträgerInnen nicht einfach, eine politische Dynamik zu schaffen für große Vertragsänderungen oder gar eine neue Verfassung. Trotz dieser fehlenden Dynamik sollte man nicht in

Apathie verfallen; stattdessen müssen konkrete Vorschläge für eine verbesserte Zusammenarbeit gemacht und Lösungen gefunden werden, damit Europa in Zukunft nicht nur Krisen standhält, sondern selbst Themen setzt und Vorschläge macht, um den BürgerInnen bessere Lebensstandards zu ermöglichen. Dabei reicht allerdings eine einfache „Output-Legitimation“ nicht mehr aus. Entscheidend ist auch die „Input-Legitimation“ geworden, d.h. eine Demokratisierung der EU und mehr Mitspracherechte für BürgerInnen. Auf dieser Basis ließe sich dann eine Vertragsänderung herbeiführen. Den vermeintlichen Gegensatz „entweder Visionen oder konkrete Lösungen“ hat Macron übrigens geschickt mit „europäischer Souveränität“ gelöst.

---

**„Zwischen der Aufnahme der Regierungsarbeit im April 2018 und der Europawahl 2019 liegen nur 13 Monate. Höchste Zeit, Schwung in die Europapolitik zu bekommen.“**

---

Zwischen der Aufnahme der Regierungsarbeit im April 2018 und der Europawahl 2019 liegen nur 13 Monate. Gerade deswegen ist es wichtig, schnell wieder Schwung in die Europapolitik zu bekommen und eine klare – progressive – Agenda vorzulegen. Der Titel des Koalitionsvertrags verspricht dabei viel: „Ein neuer Aufbruch für Europa“.

#### **SIEBEN VORSCHLÄGE FÜR DIE EUROPA-AGENDA DER BUNDESREGIERUNG**

- 1:** Frankreich eine Antwort geben – und Worthülsen wie „Demokratie“ und „Solidarität“ wieder mit Sinn füllen
- 2:** Das institutionelle Design der EU reformieren
- 3:** In die junge Generation investieren und ihre Forderungen ernst nehmen
- 4:** Mehr Mitspracherechte für BürgerInnen in der Wirtschafts-, Steuer-, Haushalts- und Währungspolitik
- 5:** „Social Europe“ mit Leben füllen
- 6:** Eine gemeinsame progressive Energie- & Klimapolitik
- 7:** Eine pragmatische und humane Außen- & Migrationspolitik statt leere Versprechen

1. s. Kommentar von Prof. Dr. Franz C. Mayer auf dem Verfassungsblog: <https://verfassungsblog.de/der-europaeische-sisyphos-ein-kommentar-zur-europa-rede-emmanuel-macrons-in-der-sorbonne/>

## **DER KOALITIONSVERTRAG: EINE GUTE GRUNDLAGE FÜR PROGRESSIVE EUROPA- POLITIK, DIE KONKRETISIERT WERDEN MUSS**

Ein wichtiger erster Schritt ist mit dem Koalitionsvertrag getan: CDU, CSU und SPD haben es geschafft, sich auf die größten Herausforderungen für die Europäische Union zu einigen: Brexit, Flucht und Migration, Wachstum und Beschäftigung, Jugendarbeitslosigkeit sowie die freiheitlichen und demokratischen Grundprinzipien. Auch wenn die CSU mit ihren engen Beziehungen zum antisemitischen und rechtspopulistischen Viktor Orbán anscheinend nicht ganz dieselben Vorstellung von „demokratischen Grundprinzipien“ für Europa hat, ist immerhin eine gemeinsame (grobe) Erläuterung der Herausforderungen eine wichtige Basis, um Europapolitik in den nächsten vier Jahren zusammen zu gestalten. Auch die prominente Positionierung des Europa-Kapitels gleich am Anfang des Vertrags zeigt die Bedeutung, die die Bundesregierung Europa zugesteht. Auch leistet der Koalitionsvertrag einen zwar noch zu vagen, aber grundsätzlich guten Startpunkt: mehr deutsch-französische Partnerschaft, mehr soziale Investitionen und mehr Beiträge von Deutschland zum EU-Haushalt.

---

**„Der Koalitionsvertrag leistet einen zwar noch zu vagen, aber grundsätzlich guten Startpunkt: mehr deutsch-französische Partnerschaft, mehr soziale Investitionen und mehr Beiträge von Deutschland zum EU-Haushalt.“**

---

Grundsätzlich ist es schwierig, beim Thema Europapolitik im Koalitionsvertrag sehr pointierte Forderungen zu stellen, da diese in einem zweiten Schritt auf EU-Ebene verhandelt werden müssen und die Bundesregierung daher Handlungsspielraum behalten möchte. Trotzdem hätte, angesichts der schon sehr konkret ausformulierten Forderungen in den weiteren Kapiteln des Koalitionsvertrags, das Europa-Kapitel etwas genauer sein können – zur Zeit ist der Interpretationsspielraum immens. Zwar ist der Fokus auf die Themen Sozial- und Wirtschaftspolitik, Demokratie und Solidarität sowie Außenpolitik positiv zu bewerten. Doch genauso werden eine Reihe an Themen im Europa-Kapitel nur in

Nebensätzen genannt, die gerade für die jüngere Generation von großer Bedeutung sind: Klimapolitik, Bildung und Digitalisierung.

Vieles wird davon abhängen, wie die Ministerien den Koalitionsvertrag interpretieren, die deutsche Position in Brüssel vertreten und wie gut auf EU-Ebene verhandelt wird. Mit dem Auswärtigen Amt, dem Finanzministerium und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales in SPD-Händen gibt es dennoch gute Chancen, eine progressive Europa-Agenda durchzusetzen. Hier unser Versuch, aus dem großen Interpretationsspielraum des Koalitionsvertrags die progressiven Positionierungen und Forderungen etwas detaillierter herauszuarbeiten. Es sind Vorschläge, die insbesondere durch die SPD-geführten Ministerien und die progressiven Kräfte im Bundestag getragen werden sollten.<sup>2</sup>

### **DIE GRÖSSTEN HERAUSFORDERUNGEN DER EU LAUT KOALITIONSVERTRAG:**

1. Brexit
2. Flucht und Migration
3. Wachstum und Beschäftigung
4. Jugendarbeitslosigkeit
5. Freiheitliche und demokratische Grundprinzipien

### **DIE THEMENSETZUNG FÜR EUROPAPOLITIK IM KOALITIONSVERTRAG:**

1. Wir wollen ein Europa der Demokratie und Solidarität
2. Wir wollen ein Europa der Wettbewerbsfähigkeit und der Investitionen
3. Wir wollen ein Europa der Chancen und der Gerechtigkeit
4. Wir wollen ein Europa des Friedens und der globalen Verantwortung

2. Die Vorschläge in diesem Policy Brief sind mit den derzeitigen Verhältnissen im europäischen Rat und den Wahlprozessen nur teilweise umsetzbar. Trotzdem sollten sich EntscheidungsträgerInnen solche „innovativen Ideen“ anhören, ohne sie gleich als „nicht realisierbar“, „utopisch“ oder als „Wunschdenken“ abzustempeln. EU-PolitikerInnen werden selbst oft für ihre „realitätsferne“ Politik kritisiert und verlieren immer mehr an Legitimität innerhalb der Bevölkerung – deshalb ist es an der Zeit, dass gerade diese Personen sich auf neue Ideen einlassen, die vielleicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehrheitsfähig sind oder mit juristischen Argumenten abgetan werden.

## Vorschlag 1: Frankreich eine Antwort geben – und Worthülsen wie „Demokratie“ und „Solidarität“ wieder mit Sinn füllen

Hauptziel der nächsten Bundesregierung sollte es sein, dem französischen Präsidenten endlich eine Antwort auf die zahlreichen Vorschläge der **Sorbonne-Rede** zu geben. „*Une Europe souveraine, unie et qui protège*“<sup>3</sup> (ein souveränes, geeintes und schützendes Europa) nannte Macron seine Vision für Europa. Macron wünscht sich also ein demokratischeres, sozialeres und vereintes Europa, das sich nicht in kleinteiligen Debatten verliert. Ein solidarisches Europa, das in der Lage ist, Probleme präventiv zu lösen, statt dauerhaftes Krisenmanagement zu betreiben. Ein Europa, das sich für bessere Lebensbedingungen seiner BürgerInnen einsetzt und sicherstellt, dass Europa in einer komplexen und sich schnell verändernden Welt nicht an Bedeutung verliert.

---

**„Hauptziel der nächsten Bundesregierung sollte es sein, dem französischen Präsidenten endlich eine Antwort auf die zahlreichen Vorschläge der Sorbonne-Rede zu geben.“**

---

Neben der deutschen Antwort auf die Macron-Vorschläge ist es für progressive Kräfte an der Zeit, größere Schritte in der Europapolitik zu wagen, statt den Status quo zu verteidigen – denn dieser hat erst das Erstarken der Rechtspopulisten ermöglicht. Angesichts der zunehmenden Ungleichheit in Europa und der mangelnden Legitimität der EU muss die nächste Bundesregierung deutlich machen, was mit einem „*Europa der Demokratie und Solidarität*“ gemeint ist. Dabei ist es wichtig, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen: Damit in Zukunft BürgerInnen nicht das Gefühl haben, von technokratischen Institutionen in ihren demokratischen Entscheidungen übergangen zu werden, muss Deutschland sich klar für eine **Demokratisierung der**

**EU** einsetzen – jede zusätzliche Kompetenz bedarf stärkerer demokratischer Kontrolle.<sup>4</sup> Darüber hinaus muss sich Deutschland für ein sozialeres Europa und für eine menschlichere Migrationspolitik einsetzen, wenn das Versprechen der „Solidarität“ gehalten werden soll (s. dazu Vorschlag 5).

Zwar setzen sich fast alle politischen Strömungen für eine Stärkung des **Parlamentarismus** ein, doch in der Realität gibt es im Europäischen Parlament dafür keine Mehrheit: selbst der CDUler Rainer Wieland MdEP, seines Zeichens Präsident der föderalistischen Europa-Union, lehnte transnationale Listen ab. Doch gerade transnationale Listen bei den EP-Wahlen würden eine wahrhaft europäische Öffentlichkeit schaffen, die den Grundstein für eine europäische Demokratie legt. Daher sollten progressive Kräfte konkrete Vorschläge machen, wie man den Parlamentarismus in der EU erfolgreich aufwerten kann.

Dabei wäre auch eine Stärkung der **Zusammenarbeit nationaler Parlamente** wichtig, für die sich zur Zeit keiner so richtig verantwortlich fühlt. Dauerhafte Finanzierungen für Austauschprogramme von ParlamentarierInnen gibt es nicht, und vielen nationalen Abgeordneten fehlen die Anreize, um an den wenigen vorhandenen Programmen teilzunehmen. Deutschland sollte sich für eine langfristige Förderung von interparlamentarischen Konferenzen von Fraktionen im Europäischen Parlament und gemeinsame Konferenzen von nationalen Parlamenten zu ausgewählten Politikbereichen einsetzen – unter der Voraussetzung, dass diese effizienter gestaltet werden, als sie es heute sind. Erfolgreiche und gut besuchte interparlamentarische Konferenzen würden nationale Abgeordnete europäisch sozialisieren, da sie in regelmäßigen Abständen ihre KollegInnen anderer Mitgliedsländer treffen und Positionen der Parteien europäischer ausgestalten würden.

---

**„Erfolgreiche interparlamentarische Konferenzen würden nationale Abgeordnete europäisch sozialisieren.“**

---

3. s. Sorbonne-Rede von Macron, 26. September 2017, [http://www.deutschlandfunk.de/grundsatz-rede-an-der-sorbonne-macron-will-ein-souveraenes.1783.de.html?dram:article\\_id=396823](http://www.deutschlandfunk.de/grundsatz-rede-an-der-sorbonne-macron-will-ein-souveraenes.1783.de.html?dram:article_id=396823)

4. Dabei ist es besonders wichtig, gut zu kommunizieren, dass diese Abgabe von Kompetenzen notwendig ist, um den Herausforderungen der Gegenwart gewachsen zu sein (Klimawandel, Migration, Wirtschaft lässt sich nicht national lösen). Gleichzeitig ist es wichtig, dass das Subsidiaritätsprinzip nicht zu einem Vorwand wird, um die europäische Integration zu verhindern.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie die Bundesregierung auf die **BürgerInnen-Konsultationen** von Macron antworten wird. Im Koalitionsvertrag steht: *„Wir wollen Bürger in bundesweiten öffentlichen Dialogen an der Reformdebatte in Europa beteiligen. Wir wollen dadurch Europa bürgernäher und transparenter machen und neues Vertrauen gewinnen.“* Wie die PolitikwissenschaftlerInnen David Van Reybrouck und Claudia Chwalicz in einem Beitrag<sup>5</sup> angemerkt haben, ist die Gefahr einer „Schein-Beteiligung“ bei solchen Bürgerdialogen groß. Entweder es treffen sich nur diejenigen, die sich bereits engagieren und eine Stimme in Europa haben, oder die Ergebnisse der BürgerInnen-Konsultationen entsprechen nicht den Wünschen der EntscheidungsträgerInnen, die diese BürgerInnen-Konsultationen ins Leben gerufen haben. Angesichts der größeren „Demophobie“ in Europa ist es zwar wichtig und richtig, neue Formate zur Bürgerbeteiligung zu testen, dennoch dürfen die BürgerInnen-Konsultationen nicht in einer „PR-Aktion“ münden. Darüber hinaus gibt es noch zahlreiche Hürden zu überwinden: Die umfassende Inklusion politikferner Bevölkerungsteile, die Schaffung eines Anreizsystems zur Bürgerbeteiligung, eine relativ gleiche Finanzierung der Konsultationen in den verschiedenen Staaten oder die Sicherstellung einer Vergleichbarkeit der Ergebnisse.<sup>6</sup> Deshalb sollte die Bundesregierung innovative zivilgesellschaftliche Akteure fördern, die diese Hürden kennen und Erfahrung mit der Durchführung solcher Formate haben. Die BürgerInnen-Konsultationen könnten so ein erster Schritt sein, um gegen die populistischen Strömungen eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen, die möglicherweise in einigen Jahren eine umfassende Vertragsänderung befürworten würde.<sup>7</sup> Schließlich könnte man auch das Pilotprojekt einer digitalen Bürgerbeteiligungsplattform für Jugendliche<sup>8</sup> in

ganz Europa nutzen, um Kindern und Jugendlichen ein Mitspracherecht zu geben und ihnen früh das europäische Projekt näher zu bringen.

---

**„Die BürgerInnen-Konsultationen könnten so ein erster Schritt sein, um gegen die populistischen Strömungen eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen, die möglicherweise in einigen Jahren eine umfassende Vertragsänderung befürworten würde.“**

---

## Vorschlag 2: Das institutionelle Design der EU reformieren

Auch bei **institutionellen Fragen** sollten sich die progressiven Kräfte zusammenschließen und versuchen, die EVP davon zu überzeugen, dass sie mit ihrer Position gegen die transnationalen Listen der europäischen Gemeinschaft keinen Gefallen tut. Im Bereich „institutionelles Design“ ist es wichtig, auszuhandeln, welche Maßnahmen sinnvoll und welche realistisch umsetzbar sind. Dabei wäre beispielsweise die lang überfällige Verlegung des EP-Sitzes von Straßburg nach Brüssel ein Zeichen, dass die EntscheidungsträgerInnen in der EU sich auf nützliche und effiziente Maßnahmen einigen können. Ein weitreichendes Initiativrecht wäre hingegen weniger nützlich, da bereits ein indirektes Initiativrecht existiert.<sup>9</sup> Darüber hinaus sollten die Sitzungen des Europäischen Rats, des Ministerrats und aller anderen zwischenstaatlichen EU-Gremien (wie der Euro-Gruppe) transparenter und zugänglicher für BürgerInnen gestaltet werden. Der Vorschlag von Live-Aufzeichnungen ist dennoch nicht nützlich, denn dadurch würden diese Gremien an Macht verlieren oder es würde nichts mehr „offiziell“ diskutiert, sondern hinter verschlossenen Türen. Die Jungen Europäischen

5. Claudia Chwalicz, David van Reybrouck, „Macron's sham democracy“, Politico Europe, 16.02.2018 <https://www.politico.eu/article/macron-populism-sham-democracy-plans-to-revamp-decision-making-disappointing>

6. Eine gute Zusammenfassung zum jetzigen Stand der BürgerInnen-Konsultationen sowie die Herausforderungen findet man in folgendem Blogbeitrag des Jacques Delors Instituts: <http://www.delorsinstitut.de/en/allgemein-en/lets-talk-about-europe/>

7. Bei Bürgerbeteiligungsformaten spielt es eine große Rolle, ob die ausgesprochenen Empfehlungen von EntscheidungsträgerInnen im Nachhinein ernst genommen werden und/oder übernommen werden. Studien von Claudia Chwalicz zu „deliberativen Formaten“ haben gezeigt, dass die Motivation der Teilnehmenden, an solchen Formaten teilzunehmen, sinkt, wenn sie glauben, dass ihre Empfehlungen im späteren Prozess nicht übernommen werden: [http://www.rowmaninternational.com/book/the\\_peoples\\_verdict/3-156-18082fd3-2549-4b20-9f33-a7c4a1c93027](http://www.rowmaninternational.com/book/the_peoples_verdict/3-156-18082fd3-2549-4b20-9f33-a7c4a1c93027)

8. Solche Projekte wurden bereits innerhalb des Horizon 2020 Rahmens gefördert, ohne anschließend weitergeführt zu werden, s. <https://opin.me/de/>

9. Indirektes Initiativrecht gibt es bereits (als Aufforderungsrecht an die Kommission nach Art. 225 AEUV). Ein darüber hinausgehendes Initiativrecht ist nicht notwendig, solange das ordentliche Gesetzgebungsverfahren ohnehin immer eine Beteiligung des Rates erzwingt – der Rat ist ohne Zweifel die größere Hürde.

Föderalisten Deutschland (JEF) fordern sogar, die Veto-Rechte abzuschaffen und zu einem Mehrheitsverfahren im Europäischen Rat überzugehen, sei es bei zentralen Fragen wie beispielsweise der Außen-, Steuer- und Sozialpolitik oder der Verabschiedung des Mehrjährigen Finanzrahmens.<sup>10</sup> Ob eine solche Reform realistisch ist, ist streitbar, dennoch sollte sich Deutschland dafür einsetzen, damit Europapolitik nicht weiter aufgrund von Vetos stagniert und neue Allianzen im Rat geschlossen werden können, um Mehrheiten zu schaffen.

---

### „Die Vorbedingung für Kompetenzübertragung ist, die EU demokratischer zu gestalten.“

---

Die Vorbedingung für Kompetenzübertragung ist, die **EU demokratischer** zu gestalten. Dafür braucht man keine Vertragsänderungen, sondern politischen Willen. Zahlreiche Maßnahmen werden zur Zeit im politischen Raum diskutiert: Spitzenkandidaten, transnationale Listen, eine Europäisierung der Öffentlichkeit durch eine europäische Kampagne der EP-Wahlen, mehr Berichterstattung zu Europa in den Medien und eine verbesserte bilaterale Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten unter sich.

Darüber hinaus könnte man auch durch einfache Maßnahmen, wie die Übersetzung aller EU-Webseiten in alle Sprachen, die Arbeit der Union allen BürgerInnen verständlich machen. Bisher sind z.B. viele Pressemitteilungen der EU-Kommission nicht nur zu lang, sondern nur auf Englisch oder Französisch verfügbar. Darüber hinaus gilt es auch, weitere Transparenz-Skandale wie bei den TTIP-Verhandlungen zu vermeiden – dies schadet der Reputation der EU ungemein. Die komplexe Terminologie der EU müsste vereinfacht und der „**Technokraten-Talk**“ in eine Sprache verwandelt werden, die für mehr BürgerInnen verständlich ist. Die jetzige Terminologie ist häufig unnötig kompliziert wegen zweifelhafter Kompromisse zwischen den verschiedenen AkteurInnen. Damit einher ginge auch eine Vereinfachung der Verfahren in der EU, die nicht auf nationalen Gegensätzen beruhen sollte („*die Deutschen gegen die Griechen*“), sondern auch noch andere Positionierungen in der Debatte besser aufzeigen sollte.

Weniger umsetzbare, aber dennoch langfristig interessante Forderungen, sind die des Volkswirten Stefan Collignon – er wünschte sich schon 2002 eine „**gewählte Regierung**“, die durch die „Festlegung von Kriterien für die Zuordnung von Handlungskompetenzen und eine direkte Legitimierung der europäischen Organe durch die Bürger“ handelt.<sup>11</sup> Er fordert zudem, eine „Rückbesinnung auf das Prinzip der Gewaltenteilung“, die im Europäischen Rat durch eine Vermengung von exekutiven und legislativen Aufgaben nicht respektiert wird.

Deshalb gilt: Um langfristig eine Politisierung und Demokratisierung der EU zu erreichen, müssen der **EU mehr Kernkompetenzen** übertragen werden – nicht nur Verbraucherschutz und Wettbewerbspolitik, die zwar auch wichtig sind, aber auf nationaler Ebene von Behörden und nicht von Ministerien geleitet werden. Einerseits macht ein Erhalt von nationaler Souveränität in manchen Bereichen in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung wenig Sinn, insbesondere wenn die Staaten nicht mehr in der Lage sind, Antworten auf globale Probleme zu finden. Andererseits würde eine stärkere Kernkompetenz der EU dazu führen, dass die BürgerInnen sich mehr für die EU-Ebene interessieren. Dafür sind Vertragsänderungen notwendig.

---

### Vorschlag 3: In die junge Generation investieren und ihre Forderungen ernst nehmen

Ein starkes Europa kann nur gelingen, wenn die jüngere Generation die Europäische Union als Chance für die Zukunft sieht. Deshalb müssen Deutschland und die EU in Bildung und soziale Mobilität investieren, beispielsweise mit einem erweiterten Erasmus+ Programm, der FreeInterrail-Initiative, einer verbesserten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Bildungsinstitutionen, mehr Sprachprogrammen an Schulen, Hochschulen und anderen Weiterbildungsstätten.

10. Vorschlag von „Der europäische Föderalist“

11. s. die Vorschläge von Stefan Collignon:  
[http://www.zeit.de/2002/18/200218\\_europaeische\\_ver\\_xml](http://www.zeit.de/2002/18/200218_europaeische_ver_xml)

---

## „Ein starkes Europa kann nur gelingen, wenn die jüngere Generation die Europäische Union als Chance für die Zukunft sieht.“

---

Zunächst wäre es aber wichtig, den **jungen Menschen** zuzuhören – die Jungen Europäischen Föderalisten fordern zum Beispiel, dass das Instrument des „Strukturierten Dialogs“ ausgebaut wird und genügend finanzielle Mittel dafür zur Verfügung gestellt sowie VertreterInnen von Jugendorganisationen beteiligt werden.<sup>12</sup> Ziel sollte auch sein, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ins EU-Ausland reisen können und dafür finanziell unterstützt werden, ob vom Programm Erasmus+ oder von bilateralen Initiativen wie dem Deutsch-Französischen Jugendwerk (DFJW). Zusätzlich sollten Projekte zur politischen Bildung gefördert werden, die über nationale Grenzen hinweg arbeiten und jungen Menschen die EU näher bringen und erklären. Die Empfehlungen im 6. Positionspapier der deutsch-französischen Reflexionsgruppe<sup>13</sup> könnten hierbei 1:1 übernommen werden.

Die VerhandlerInnen des Koalitionsvertrags haben eben dies richtig verstanden: *„Europa muss ein Kontinent der Chancen sein, besonders für junge Menschen. Sie sind Europas Zukunft. Wir wollen, dass junge Menschen ihre Hoffnungen auf Europa setzen können. Wir wollen, dass sie gute Jobs finden, sich frei und mobil in Europa bewegen können, dass sie im Austausch mit anderen Freundschaften schließen und europäisches Zusammenleben praktisch erfahren können. Deshalb wollen wir die Austauschprogramme wie Erasmus+ ausbauen und die Jugendarbeitslosigkeit mit mehr Mitteln der EU bekämpfen.“*

Das Thema Jugendarbeitslosigkeit lässt sich allerdings schlecht mit einer kleinen Finanzspritze lösen, sondern hängt mit der großen Baustelle „Wirtschafts- und Währungsunion“ zusammen, die angesichts der divergierenden Interessen der nord- und südeuropäischen Staaten kein einfaches Thema ist. Zwar unterstützt die

EU bereits Regionen bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch Investitionen. Jedoch sind die Anreize noch zu gering und Maßnahmen für die Regionen freiwillig. Konzepte wie die „Jugendgarantie“ der EU-Kommission scheitern oft an der Umsetzung. Zusätzlich könnte die EU weiter in Programme wie COSME investieren, die kleine Unternehmen und Start-Ups unterstützen, sowie eine bessere Verzahnung von Bildungsstätten und ArbeitgeberInnen ermöglichen. Doch wirklich hilfreich wäre hier eine bessere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten unter sich, damit sie voneinander lernen und gemeinsame Projekte in die Wege leiten.<sup>14</sup>

## Vorschlag 4: Mehr Mitspracherechte für BürgerInnen in der Wirtschafts-, Steuer-, Haushalts- und Währungspolitik

Im Koalitionsvertrag steht: *„Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihre Wachstumskräfte im Kontext der Globalisierung stärken, um zukunftsgerechte Arbeitsplätze in der EU zu sichern und neue zu schaffen: Das ist die Basis unseres künftigen Wohlstands.“* Aus diesem floskelhaften Satz kann man herauslesen, dass die EU zu protektionistischen Schritten bereit wäre, wenn ein Handelskrieg eskalieren sollte – zum Beispiel mit den USA. Da die Globalisierungsfolgen immer mehr unter Druck geraten, wie zum Beispiel in Frankreich, Italien, aber auch in Deutschland (man erinnere sich an die TTIP-Demonstrationen 2013 und 2014), versteht sich dieser Absatz als ein Bekenntnis zu Freihandel und einem starken Binnenmarkt. Zwar ist eine Konsolidierung des Binnenmarkts und der Erschließung neuer Märkte nicht per se schlecht, dennoch fehlt hier die Einsicht, dass weitere Deregulierungsmaßnahmen und ein „weiter so“ die falschen Ansätze sind. Vielmehr sollte man sich auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen konzentrieren, wie beispielsweise die mangelnde Umverteilung und die Folgen der Digitalisierung, die zu einer noch stärkeren Konzentration des Kapitals führen

12. JEF, Europäische Forderungen an die Koalitionsverhandlungen: <https://www.jef.de/wp-content/uploads/sites/4/2018/01/Europapolitische-Forderungen-der-JEF-an-die-Koalitionsverhandlungen-von-CDU-CSU-SPD.pdf>

13. s. <http://www.stiftung-genshagen.de/publikationen/deutsch-franzoesische-reflexionsgruppe.html>

14. Diese und weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit werden von Glenda Quinti in folgendem Artikel präsentiert: <http://www.theeuropean.de/glenda-quintini-3/8024-eu-massnahmen-gegen-die-jugendarbeitslosigkeit-2>

könnten. Diese Herausforderungen sind Faktoren, die langfristig zur Destabilisierung der Demokratien in Europa führen könnten.

Auch die Definition von „Wohlstand“ wird in letzter Zeit vermehrt infrage gestellt – brauchen wir in einem hochentwickelten Land wie Deutschland noch mehr materiellen Wohlstand? Bräuchte man nicht viel eher eine gerechte Umverteilung des vorhandenen Wohlstands, eine dauerhafte Finanzierung von öffentlichen Gütern<sup>15</sup> und einen ganzheitlichen Ansatz, der nicht nur das BIP als Indikator nutzt, sondern auch „Well-Being“<sup>16</sup> der BürgerInnen mitdenkt?<sup>17</sup> Bevor man sich also auf weitere „Buzzwords“ einigt, muss die Bundesregierung einen Plan entwickeln, wie sie in Zukunft ein umweltfreundliches, nachhaltiges und inklusives **Wirtschaftssystem** fördern möchte<sup>18</sup>, das weder „GlobalisierungsverliererInnen“ produziert, noch das Klima weiter belastet. Ohne ein grundsätzliches Umdenken wird Deutschland keine progressive Wirtschaftspolitik in Brüssel verteidigen können.

---

### **„Eine Reihe von konkreten Maßnahmen könnte umgesetzt werden, um die Wirtschaftspolitik bürgernäher, solidarischer und gerechter zu machen.“**

---

In diesem Zusammenhang könnte eine Reihe von konkreten Maßnahmen umgesetzt werden, um **Wirtschaftspolitik** bürgernäher, solidarischer und gerechter zu machen. Zunächst brauchen ArbeitnehmerInnen in EU-Wirtschaftsfragen mehr Mitbestimmungsrechte und

eine verbesserte Vertretung von Sektoren, die in traditionellen Gewerkschaften nicht repräsentiert sind. Gerade in der Interessenvertretung gibt es in Brüssel ein großes Ungleichgewicht zwischen WirtschaftsvertreterInnen und ArbeitnehmerInnen. Gesetzesentwürfe, um Lobbying zu regulieren und transparenter zu machen, sollten also auch von Deutschland unterstützt werden.<sup>19</sup> Die EU sollte darüber hinaus Wirtschaftspolitik nicht mehr unabhängig von Arbeits- und Sozialfragen betrachten, sondern neben der Wettbewerbsfähigkeit auch Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechte berücksichtigen – zum Beispiel mit einem umfassenden „Nachhaltigkeits-TÜV“ auf Gesetze<sup>20</sup>. Darüber hinaus sollte es mehr unabhängige Behörden geben (beispielsweise im Bereich Umwelt / Agrar), sowie verbesserte Finanzierungshilfen und Fonds für transnationale und europäisch arbeitende NGOs im Bereich Umwelt und Menschenrechte.<sup>21</sup>

---

### **„Gesetzesentwürfe, um Lobbying zu regulieren und transparenter zu machen, sollten also auch von Deutschland unterstützt werden.“**

---

Neben der generell stärkeren Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen auf EU-Ebene sollten auch neue Formen der **Beteiligung** innerhalb der Unternehmen eingeführt werden. Unternehmen mit Hauptsitz in der EU sollten gemeinsam mit den Gewerkschaften die Kompetenzen des Betriebsrats und des Wirtschaftsausschusses auf Konzernebene stärken, damit die gewerkschaftliche Interessenvertretung auf die unbeständigen und schnellen Veränderungsprozesse in der Wirtschaft besser und zügiger reagieren kann. Dabei sollten auch unkonventionelle Modelle ausgetestet werden – beispielsweise mit der Schaffung einer digitalen Plattform, auf der sich Beschäftigte ohne Überwachung der ArbeitgeberInnen austauschen können. Damit würde sich der Organisations- und Mobilisierungsgrad von Beschäftigten auch in solchen Unternehmen erhöhen, die der „Sharing Economy“ zuzurechnen sind.

15. Unter „öffentliche Güter“ werden beispielsweise Klimaschutz, Energie- und Verkehrsinfrastruktur, Gesundheit und Bildung gezählt. In der Sorbonne-Rede erklärte Macron, dass die EU „öffentliche Güter“ finanzieren müsse. So soll den BürgerInnen deutlicher gemacht werden, welche Vorteile die EU bringen kann. Aber dafür müssen auch Vetorechte aufgehoben werden, wie es in einem Gastbeitrag von MdEPs erklärt wird: <https://www.tagesspiegel.de/politik/gastbeitrag-von-drei-europapolitikern-deutschland-braucht-endlich-eine-antwort-auf-macron/20668690.html>

16. Unter einen „Well-Being“-Ansatz fallen Faktoren wie Luftverschmutzung, Zufriedenheit am Arbeitsplatz, etc.

17. Es gibt zahlreiche Studien zum Verhältnis von materiellem Wohlstand, Lebensstandards und Glück, z.B. im Economist: [https://www.economist.com/blogs/dailychart/2011/05/well-being\\_and\\_wealth](https://www.economist.com/blogs/dailychart/2011/05/well-being_and_wealth)

18. Neue Ansätze der Kreislaufwirtschaft und der „Doughnut Economics“ gibt es bereits, doch diese Ansätze werden bisher kaum von Regierungen und internationalen Institutionen beachtet. Weiterführende Literatur: The Guardian, „Finally, a breakthrough alternative to growth economics – the doughnut“: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2017/apr/12/doughnut-growth-economics-book-economic-model>, Europäische Kommission, „EU action plan for the Circular Economy“: [http://ec.europa.eu/environment/circular-economy/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/circular-economy/index_en.htm)

19. Im Koalitionsvertrag fehlt die Forderung nach einem Transparenzregister für Deutschland – kein positives Zeichen, dass sich Deutschland dafür auf EU-Ebene einsetzen wird.

20. Das „social scoreboard“ des europäischen Semesters ist zwar ein guter Anfang, wird aber nicht unbedingt von den Mitgliedstaaten respektiert und hat noch zu wenig Schlagkraft.

21. Vielen Dank an Sabine Ruß-Sattar für diese Idee.



Neben der Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte ist eine verbesserte Regulierung der **europäischen Steuerpolitik** ein wichtiger Punkt. Auch hier bleibt der Koalitionsvertrag vage: „Wir bekämpfen Steuerdumping, -betrug, -vermeidung und Geldwäsche gleichermaßen international und in der EU.“ Steuerhinterziehung fängt allerdings nicht in Panama an, sondern auf den Britischen Jungferninseln, in den Niederlanden und Irland. Die Wettbewerbskommissarin Frau Vestager macht vor, woran die EU-Mitgliedstaaten bisher selbst scheitern: Großunternehmen gerecht zu besteuern, Monopolstellungen zu beseitigen und so VerbraucherInnen in Europa zu schützen. Dass die Arbeit von Frau Vestager leider immer noch mehr Ausnahme als Regel ist, weist eindeutig darauf hin, dass in der EU die Rechte von VerbraucherInnen, ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen nicht gut genug geschützt werden.<sup>22</sup> Im „Progressiven Koalitionsvertrag“, einem Gegenentwurf zum Union/SPD-Abkommen durch zivilgesellschaftliche Organisationen, werden konstruktive Vorschläge gemacht, die die europäische Wirtschaftspolitik gerechter machen würden: Der Euro-Blog „Der europäische Föderalist“, der am progressiven Koalitionsvertrag mitgewirkt hat, schlägt beispielsweise vor, nationale Vetorechte bei europäischen Entscheidungen in der Steuer- und Sozialpolitik abzuschaffen und stattdessen eine einheitliche europäische Unternehmens- und Ökosteuer einzuführen, wie beispielsweise eine „Plastiksteuer“<sup>23</sup> oder ganz einfach eine „Umweltsteuer“.

Schließlich hat Deutschland sich im Koalitionsvertrag bereit erklärt, mehr Geld für den **EU-Haushalt** zur Verfügung zu stellen. Durch den EU-Austritt der Briten fallen schätzungsweise 10 Mrd. Euro jährlich weg. Die Bereitschaft zum größeren Beitrag ist also ein wichtiges Zeichen des Bekenntnisses Deutschlands zur EU. Doch gerade hier gilt es, den BürgerInnen mehr Mitbestimmung in Budgetfragen (dem „Mehrjährigen Finanzrahmen“) zu geben. Zum Beispiel könnte ein „BürgerInnen-Etat“ eingeführt werden, mit dem Vorschläge wie beispielsweise die FreeInterrail-Initiative<sup>24</sup> gefördert werden könnten. Auch könnte ein Bürgerbeteiligungsformat

per Losverfahren eingeführt werden, das Empfehlungen über die Budget-Posten abgibt, die vom Europäischen Parlament berücksichtigt werden.<sup>25</sup>

---

**„Nur eine grundlegende Demokratisierung und Politisierung der Eurozone kann dazu führen, dass die EU weiterhin ein stabiles und vertrauenswürdige Konstrukt bleibt.“**

---

Zu der Frage, wie die Eurozone reformiert werden sollte, gibt es bereits zahlreiche Vorschläge von renommierten WirtschaftswissenschaftlerInnen, die hier nicht noch einmal ausführlich beschrieben werden müssen.<sup>26</sup> Fest steht: Nur eine grundlegende Demokratisierung und Politisierung der Eurozone kann dazu führen, dass die EU weiterhin ein stabiles und vertrauenswürdige Konstrukt bleibt. So sollten neben dem europäischen Währungsfonds, der auch im Koalitionsvertrag genannt wurde, die Vorschläge eines „Eurozonen-Parlaments“ und eines „EU-Finanzministers“ nicht nur diskutiert, sondern weiter ausgestaltet werden.<sup>27</sup> Darüber hinaus müssen bereits angestoßene Projekte wie die Bankenunion endlich fertig gestellt werden. Auch die Finanztransaktionssteuer und die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer müssen endlich umgesetzt werden.

Wenn Europa effektiv gegen die rechts- und linkspopulistischen Bewegungen vorgehen will, dann bedeutet das vor allem ein Umdenken: Wirtschafts-, Steuer- und Budgetfragen müssen endlich demokratischer und bürgerzentrierter gestaltet werden. Wenn die EU diese Punkte nicht umsetzt, verliert sie weiter an Legitimation und lässt den Populisten die Vorfahrt.

22. Beispielhaft ist die Glyphosat-Zulassung - eine Chemikalie, die sehr wahrscheinlich krebserregend ist. Dasselbe gilt für eine Reihe von Produkten, die gesundheitsgefährdend sind und dennoch nicht verboten werden (Aluminium in Deos, etc.).

23. cf. Der europäische Föderalist: <http://www.foederalist.eu/2018/01/sieben-vorschlaege-grosse-koalition-aufbruch-europa.html>

24. Mehr Informationen zur Kampagne: <http://freeinterrail.eu>

25. Die Komplexität des EU-Haushaltsverfahrens und die Vetorechte der Mitgliedstaaten sind hierbei natürlich zu berücksichtigen. Dennoch könnte eine solche Forderung eine öffentliche Auseinandersetzung zum Thema EU-Budget bieten.

26. s. die Vorschläge von deutschen und französischen WirtschaftswissenschaftlerInnen: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/deutsche-und-franzoesische-oekonomen-machen-euro-vorschlaege-15403211.html>

27. s. Vorschläge zur Ausgestaltung eines Eurozonen-Parlaments: <http://www.foederalist.eu/2012/10/brauchen-wir-ein-parlament-fur-die.html>

## Vorschlag 5: „Social Europe“ nicht mehr nur auf dem Papier

„Soziale Grundrechte, insbesondere das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort in der EU, wollen wir in einem Sozialpakt stärken. Wir wollen faire Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine bessere Koordinierung der Arbeitsmarktpolitik.“ Diesen Satz im Koalitionsvertrag sollten die nächste Bundesregierung und insbesondere das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ernst nehmen. Der „Social Summit“, der im November 2017 in Schweden stattfand, wurde weder von Merkel besucht, noch wurde groß davon berichtet. Doch gerade dieses Thema sollte nun unbedingt in den **Mittelpunkt der nächsten Bundesregierung** und der EU rücken.

### „Die EU – oder zumindest ein Bündnis der Willigen – braucht dringend eine soziale Säule.“

Da die EU in diesem Bereich kaum Kompetenzen hat, wäre es sinnvoll, Ideen für ein **sozialeres Europa** in einer Kooperation zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten zu entwickeln. Hilfreich dafür wäre ein Planungstab im BMAS für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der EU, angelehnt an jenen im Auswärtigen Amt. Dieser könnte konkrete Maßnahmen für eine Konvergenz der Sozialsysteme im EU-Arbeitsmarkt weiterdenken und zusammen mit weiteren Mitgliedstaaten wie Frankreich und der Europäischen Kommission austesten. Allerdings sollte das nicht eine Stärkung der intergouvernementalen Ebene (Europäischer Rat) bedeuten, sondern den Regierungen helfen, sich für eine sozialere Ausarbeitung der EU zu koordinieren. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung mehr Offenheit gegenüber Harmonisierungsvorschlägen der Europäischen Kommission zeigen, und eventuell sogar dazu bereit sein, die „Passerelle-Klausel“ aus dem Nizza-Vertrag zu nutzen – auch wenn das Bundesverfassungsgericht die „sozialstaatliche Gestaltung von Lebensverhältnissen“ als Teil der „integrationsfesten“ Verfassungsidentität betrachtet.

Spannend bleibt zu wissen, welche Maßnahmen die nächste Bundesregierung im Rahmen des „**Sozialpakts**“ umsetzen möchte. Fest steht, dass die EU – oder zumindest ein „Bündnis der Willigen“ – dringend eine soziale Säule braucht, die die Konvergenz bei Steuern, Löhnen, Arbeitslosengeldern und Sozialhilfen fördert und somit eine Harmonisierung der Lebensstandards in ganz Europa ermöglicht.<sup>28</sup> Dafür sind Aussagen wie: „Wir wollen faire Mobilität fördern, jedoch missbräuchliche Zuwanderung in die Systeme der sozialen Sicherheit unterbinden.“ ein Schritt in die falsche Richtung – als gäbe es „Sozialschmarotzer“, die nur einwandern, um vom System zu profitieren<sup>29</sup>.

Zu einem gerechten Europa gehört auch die Beseitigung des „**Gender Pay Gap**“ und somit gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige Arbeit sowie mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf in allen europäischen Ländern. Es gibt bereits zahlreiche Ideen und Forderungen in diesem Bereich. Progressive Kräfte sollten sich stärker dafür einsetzen. Etwa gibt es die Idee, dass das „Gender Pay Gap“ – wie in Belgien gesetzlich geregelt – von den Sozialpartnern auf allen Ebenen der Tarifverhandlungen (national, sektor- und unternehmensweit) diskutiert werden muss. Solche Gesetzgebungen sind selbst in Ländern mit starker Tarifautonomie, wie zum Beispiel Deutschland, möglich<sup>30</sup>. Eine weitere Forderung ist die Abschaffung von einseitigen Steuervorteilen für Ehepartner (wie in Deutschland das Ehegattensplitting), die überholte Familienbilder steuerlich begünstigen.

28. Es gibt bereits eine „Europäische Säule sozialer Rechte“ mit den 3 Dimensionen: Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang; Faire Arbeitsbedingungen und Sozialschutz sowie soziale Inklusion. Allerdings hat die europäische Kommission keine Exekutivmacht über diesen Bereich – trotz des „Europäischen Semesters“ als Instrument.

29. Die Folgen eine Verschärfung des Systems, das EU-Ausländern Sozialleistungen kürzt oder nicht mehr erlaubt, ist mit einer größeren Armut und Obdachlosigkeit verbunden. Darüber hinaus ist es statistisch bewiesen, dass fast alle EU-BürgerInnen zum Arbeiten nach Deutschland kommen und nicht, um „in die Sozialsysteme einzuwandern“. Die Positionierung des vergangenen BMAS unter Nahles war in dieser Frage höchst fragwürdig und eher CSU-nah als sozialdemokratisch geprägt. Quellen: <http://www.zeit.de/gesellschaft/2016-06/sozialleistungen-eu-buerger-zuwanderung-armutsmigration>

30. <https://www.tagesspiegel.de/politik/gleichberechtigung-widerstand-gegen-koalitionskompromiss-zur-lohngleichheit/14655044.html>; <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-10/sozialleistungen-andrea-nahles-eu-buerger-auslaender/komplettansicht>

## Vorschlag 6: Eine gemeinsame progressive Energie- & Klimapolitik

Die **Energie- und Klimapolitik** der EU sollte ebenfalls ein Schwerpunkt für die nächste Bundesregierung werden, auch wenn sie im Koalitionsvertrag unzureichend behandelt wurde. Insbesondere Energiepolitik sollte nicht als innenpolitische Angelegenheit der einzelnen Mitgliedstaaten angesehen werden. Denn nur mit einer gesamteuropäischen Energiestrategie, inklusive der außenpolitischen Aspekte von Energiepolitik, können wir eine nachhaltige und klimafreundliche Energiepolitik gestalten. Darüber hinaus muss Energiepolitik umfassend gedacht werden – mit Gestaltungsmöglichkeiten in den Bereichen der Verkehrsinfrastruktur, Wirtschaft, Forschung und Industrie.

### „Klima und Umwelt sollten nicht mehr als Nebenthema angesehen werden, sondern als strategische Kernangelegenheit.“

Während die Bundesregierung vor einigen Jahren dank der Energiewende als Vorreiter galt, ist Braunkohle im Jahr 2018 immer noch eine der Hauptenergiequellen im deutschen Strommix<sup>31</sup>. Darum gilt es jetzt für Deutschland, Klima und Umwelt nun nicht mehr nur als Nebenthema zu sehen, sondern als **strategische Kernangelegenheit**, die die Nachhaltigkeit unseres sozialen, wirtschaftlichen und politischen Systems bedeutend beeinflusst. Ein schlappes: „Die EU muss beim Klimaschutz international eine Vorreiterrolle einnehmen und für eine ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens eintreten“, wie es im Koalitionsvertrag steht, reicht dafür nicht aus.

Zunächst wäre eine grundlegende Reform des **CO<sub>2</sub>-Emissionshandels** („cap & trade“) notwendig, die bereits von der EU-Kommission forciert wird. Das neue

System müsste die konjunkturellen Schwankungen besser berücksichtigen und das „Backloading“ (der Kauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten) stoppen, das momentan dazu führt, dass Großunternehmen günstig ausreichend Zertifikate kaufen können, um die Umwelt noch auf Jahre zu verschmutzen. Gerade in diesem Bereich sollten **Frankreich und Deutschland enger kooperieren** und gemeinsame Positionen vertreten. Frankreich sollte sich grundlegend von der Atomenergie abwenden und das Ausstiegsszenario nicht noch weiter nach hinten schieben, wie Umweltminister Hulot im November 2017 ankündigte. Deutschland hingegen sollte von der Braunkohle abkommen und sich nicht im langwierigen Prozess der Energiewende verlieren. Beide Länder könnten beispielsweise einen „Energie-Aktionsplan“<sup>32</sup> vorschlagen, um eine **europäische Energiewende** hin zu Erneuerbare-Energien-Technologien und Investitionen in die notwendige Energie-Infrastruktur zu schaffen, statt sich für russische Pipelines zu entscheiden. Ein solcher Aktionsplan könnte auch Investitionen in Technologie-Forschung unterstützen. Beide Länder könnten sich zusätzlich dazu verpflichten, die Luftqualität zu verbessern. Denn der Klimawandel wird nicht auf die Zeiten warten, in denen Ungarn oder Polen sich endlich für Umweltschutz stark machen. Schließlich sollte auch die Rolle des Klima-Kommissars in der Europäischen Kommission aufgewertet und sichergestellt werden, dass der Posten nicht an eine Person geht, die kurz zuvor noch in Ölunternehmen investiert hat.<sup>33</sup>

Schließlich müssen die **Klimaziele** ambitionierter ausfallen. Die gegenwärtigen Ziele sind für einen „Vorreiter“ wie Deutschland lächerlich. Zusätzlich zu den „20-20-20“-Zielen, die bereits in zwei Jahren auslaufen, sollte eine gemeinsame umfassende **EU-Strategie für Klimapolitik**<sup>34</sup> erarbeitet werden, mit festgelegten Zielen, die über 2030 hinaus gehen und mit einem Anreizsystem sowie Kontrolle verbunden werden.

31. In den letzten Jahren war Braunkohle immer primärer Energieerzeuger. Im Jahr 2016 lag der Anteil am Energiemix bei 23 Prozent. Es ist zu erwarten, dass dieser Anteil auch im Jahr 2018 wieder so hoch sein wird. Der gesamte Anteil erneuerbarer Energien ist seit dem Jahr 2012 jedoch deutlich gestiegen. Im Jahr 2016 lag er zuletzt bei 29 %. Quelle: AG-Energiebilanzen e.V., Bruttostromerzeugung in Deutschland ab 1990 nach Energieträgern.

32. Es gibt bereits seit 2009 die von der Europäischen Kommission ausgearbeiteten „National Renewable Energy Action Plans (NREAPs)“. Darüber hinaus gibt es die „2020 Energy Strategy“ und die Versuche, eine Energie-Union zu schaffen, die zwar gute Ansätze vorweisen, jedoch kaum zu effektiven Veränderungen geführt haben, da die EU-Mitgliedsländer der EU keine weitreichenden Kompetenzen in der Energiepolitik abgegeben haben. <https://ec.europa.eu/energy/en/topics/energy-strategy-and-energy-union/2020-energy-strategy>

33. Der Spanier Miguel Arias Cañete musste 2014 seine Anteile in die Ölfirmen „Petroliera Dúcar SL“ und „Petrologis Canarias SL“ abgeben. Seine Familie behält aber noch Anteile. <https://corporateeurope.org/power-lobbies/2014/09/many-business-dealings-commissioner-designate-miguel-arias-canete>

34. Bisher gibt es das „2020 Klima- und Energiepaket“ und ein Rahmenpaket für Klima bis 2030: [https://ec.europa.eu/clima/policies/strategies\\_de](https://ec.europa.eu/clima/policies/strategies_de)

## Vorschlag 7: Eine pragmatische und humane Außen- & Migrationspolitik statt leere Versprechen

Nur weil die bislang oft blockierenden Briten aus der EU austreten, heißt das nicht, dass eine vertiefte europäische Kooperation in Außen- und Sicherheitsfragen einfach wird. Gerade in diesem Bereich war eine supranationale Zusammenarbeit schon immer äußerst schwierig, und in der Realität beruhen wichtige außenpolitische Projekte hauptsächlich auf bilateralen Abkommen. Deshalb sollte die nächste Bundesregierung keine leeren Versprechen machen, die die Öffentlichkeit nur enttäuschen würden und den Eindruck erwecken könnten, dass die EU nicht handlungsfähig sei.

---

**„Eine Option sind ‘Koalitionen der Willigen’. Diese sollten allerdings parlamentarisch kontrolliert werden.“**

---

Mit der **„Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“** (PESCO) wurde zwar ein wichtiger Schritt getan, um die EU-Außenpolitik kohärenter zu machen, aber eben auch ein weiteres Akronym in der schon sehr saturierten EU-Jargon-Landschaft eingeführt, das bei BürgerInnen zu mehr Verwirrung führen kann. Gerade in diesem Bereich ist es wichtig, keine großen Würfe zu wagen, sondern langfristig zu planen und konkrete Vorschläge für eine Europäisierung der Außen- und Sicherheitspolitik zu machen. Zum Beispiel könnte man die gemeinsame europäische Rüstungsbeschaffung vorantreiben, ohne große symbolische Reden zu halten. Mit solchen Ideen würde man die *„PESCO mit Leben füllen“*, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht. Da das Mehrheitsprinzip bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine effektive gemeinsame Kooperation behindert und eine Änderung des Wahlverfahrens einer Vertragsänderung bedarf, wären „Koalitionen der Willigen“ eine Option. Diese sollten allerdings einer parlamentarischen Kontrolle unterzogen werden. Aus diesem Grund sollte

die COSAC (Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente) in diesem Bereich eine größere Rolle bekommen.<sup>35</sup>

Darüber hinaus sollte die nächste Bundesregierung ein besonderes Augenmerk auf folgende drei Bereiche legen:

Erstens auf die **Nachbarschaftspolitik, die in den letzten Jahren deutlich wichtiger geworden ist**: Denn das europäische Umfeld ist risikoreicher und labiler geworden, sei es in Libyen, Russland und der Ukraine oder der Türkei. Die EU braucht eine einheitliche Haltung gegenüber Staaten, die immer mehr dem Autoritarismus verfallen sowie eine Strategie, wie man mit solchen Staaten umgeht – sei es Russland oder Libyen. Bisher bleiben die Nachbarschaftsstrategien national geprägt, was die Schaffung einer europäischen Position erschwert. Die sich langsam anbahnende Balkan-Erweiterung sollte sich die EU im derzeitigen Kontext reiflich überlegen. Aus außenpolitischer Perspektive macht es natürlich Sinn, Russland nicht eine weitere Einflusszone zu überlassen. Doch aus interner und institutioneller Perspektive macht eine Balkan-Erweiterung vor einer Vertiefung der existierenden Verträge keinen Sinn, sondern würde zu einer Blockade der EU führen, sowohl aufgrund der sehr heterogenen Interessen und weil jeder Mitgliedstaat ein Vetorecht hat.

---

**„Statt auf die Zustimmung von Ländern wie Polen oder Ungarn zu warten, sollten sich zumindest die Länder Süd- und Nordeuropas auf eine solidarische und humane Migrationspolitik einigen. Das sollte auch Deutschland unterstützen.“**

---

Zweitens auf die **Migrationspolitik** und einen **gemeinsamen Grenzschutz**. Statt auf die Zustimmung von Ländern wie Polen oder Ungarn zu warten, sollten sich zumindest die Länder Süd- und Nordeuropas auf eine solidarische und humane Migrationspolitik einigen, bei der Menschenrechte im Vordergrund stehen. Auch sollten die EU-Mitgliedstaaten die Verantwortung und Finanzlast solidarisch teilen – Griechenland und Italien können nicht weiterhin alle Flüchtlinge aufnehmen, die

35. Annegret Bendiek, SWP, Februar 2018, <https://www.swp-berlin.org/kurz-gesagt/2018/eine-flexible-eu-aussenpolitik-braucht-parlamentarische-kontrolle/>

dort ankommen. Der Koalitionsvertrag scheint hier vor allem zu versuchen, in einem Atemzug die Interessen der CDU, CSU und SPD unterzubringen, ohne wirklich zu erklären, wie in der Praxis eine solche Migrationspolitik umsetzbar wäre: *„In der Flüchtlings- und Migrationspolitik muss die EU ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden und zugleich Migration besser ordnen und steuern. Wir wollen Fluchtursachen umfassend bekämpfen, die Außengrenzen der EU gemeinsam wirksamer schützen sowie eine solidarische Verantwortungsteilung in der EU schaffen.“* Es bleibt den Progressiven überlassen, dass es bei diesem Thema auch wirklich vorangeht. Eine bessere und humane Sicherung der EU-Außengrenzen sollte durch mehr Investitionen in humanitäre Hilfe erfolgen, sowie durch eine verbesserte Zusammenarbeit der Küstenwachen und der Polizei, um Schleusernetzwerke zu bekämpfen. Eine Militarisierung des Mittelmeers hingegen sollte vermieden werden. Stattdessen sollte nach dem gescheiterten EuGH-Urteil die Debatte über legale Wege nach Europa für Schutzbedürftige und Verfolgte nicht nur weitergeführt werden, sondern auch politisch realistisch ausgewogen werden – inklusive der Integrations- und sozialpolitischen Anstrengungen, die damit einhergehen würden. Das würde wiederum auch bedeuten, dass alle andere MigrantInnen zurückgeführt werden – dennoch nach klaren Richtlinien und Erklärungen für ihre Abschiebung. Die kurzfristige Option wäre, die Migrationsströme weiterhin nur kurzfristig aufzuhalten, indem man mit Ländern wie der Türkei Deals schließt – und dabei die menschenrechtsverachtende Politik von Erdogan und die fehlende Infrastruktur für eine Integration der syrischen Flüchtlinge ignoriert. Auch in die Integrationspolitik sollten alle europäischen Ländern stärker investieren, um MigrantInnen Bildungsmöglichkeiten zu geben und sie langfristig besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

---

**„Deutschland sollte sich langfristig für eine gemeinsame Vertretung der EU im Sicherheitsrat stark machen.“**

---

Besonders wichtig ist es, dass diese Kooperationen nicht nur dazu dienen, ungelöste Probleme zu externalisieren, wie beispielsweise in der Migrationspolitik.

Schließlich gibt es noch einen einfach umsetzbaren Punkt, welcher nur ausreichenden politischen Willen erfordert: eine **verbesserte Zusammenarbeit** bei der **Terrorismusbekämpfung** auf der internationalen Bühne. Nach den Anschlägen in Paris und Berlin wundern sich viele, dass die Geheimdienste und die Polizei nicht untereinander kommuniziert hatten. Die Lösung wäre, Europol zu einer EU-Bundespolizei aufzuwerten und die Nachrichtendienste in der EU besser zu vernetzen, sowohl untereinander als auch zwischen den Mitgliedstaaten und den europäischen Behörden. Außerdem sollte Deutschland sich langfristig für eine gemeinsame Vertretung der EU im Sicherheitsrat und perspektivisch für eine einzige Repräsentation der Mitgliedstaaten durch einen EU-Sitz in internationalen Organisationen stark machen. Somit wären die Mitgliedstaaten gezwungen, sich intern abzustimmen und eine kohärente außenpolitische Linie zu fahren.

## Schlussfolgerung

Der EU läuft die Zeit für Reformen davon: Im Mai 2019 stehen die Europawahlen an und in den Monaten davor wird wegen des Wahlkampfes kaum mit Initiativen zu rechnen sein. Die Europawahlen selbst werden die aktuellen Machtverhältnisse im Europäischen Parlament neu ordnen. Auch wenn euroskeptische und populistische Parteien keine Mehrheiten erringen werden, sind sie bereits in vielen Mitgliedstaaten an der Regierung und haben einen beträchtlichen Einfluss auf die Öffentlichkeit. Reformen werden nach den Wahlen eher schwieriger als leichter.

Das zweite Fenster für Reformen öffnet sich dann erst wieder im Frühjahr 2020. Kurz nach der Europawahl wird zunächst eine institutionelle Neuaufstellung in Brüssel und die Verhandlung zum Mehrjährigen Finanzrahmen stattfinden. Mehr denn je sind also nun die nationalen Regierungen gefragt, in diesen kleinen Zeitfenstern umfassende Reformen voranzutreiben – kleine Schritte mit großer Wirkung. Gleichzeitig sollte die nächste Bundesregierung anfangen, eine langfristige Vision für Europa zu entwerfen, um nicht weiter im Modus des „Teppich flicken und Krisen managen“ zu bleiben. Dafür sollten die verantwortlichen Referate und Abteilungen in nationalen Ministerien zusammenarbeiten, die EU-Institutionen den Reformmotor anschmeißen, die nationalen Parlamente sich austauschen und die Zivilgesellschaft sich vernetzen und einbringen.

---

**„Mehr denn je sind nun also die nationalen Regierungen gefragt, in diesen kleinen Zeitfenstern umfassende Reformen voranzutreiben.“**

---

Nach mehr als einem Jahr Stillstand aufgrund der französischen Präsidentschaftswahlen, der deutschen Bundestagswahl und der anschließenden Koalitionsverhandlungen, müssen Deutschland und Frankreich ihrer Verantwortung in Europa wieder gerecht werden. Emmanuel Macron hat dafür bereits mehrere Vorschläge unterbreitet, auf die Deutschland endlich reagieren

muss. Leider scheint es, dass sich die Bedingungen für ein vereintes, souveränes und demokratisches Europa in der nahen Zukunft nicht verbessern werden und daher viel politischer Wille und Gestaltungskraft nötig sein werden. Alle progressiven PolitikerInnen und überzeugten EuropäerInnen werden gebraucht, um sich mutig für die Zukunft Europas einzusetzen. Insbesondere das Kanzleramt und das Auswärtige Amt müssen sich dabei als klarer „Partner auf Augenhöhe“ von Macron beweisen.

## Die Autorin



**Sophie Pornschlegel** ist Projektmanagerin bei *Das Progressive Zentrum* und ist dort für Projekte zur Zukunft der Demokratie zuständig. Sie hat zuvor als Juniorberaterin für eine Agentur in den Bereichen politische Kommunikation gearbeitet sowie in der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin. Seit drei Jahren engagiert sie sich ehrenamtlich beim grassroots-Thinktank *Polis180*, u.a. als Vorstandsmitglied und Leiterin des Programmbereichs „*Post Brexit Europe*“. Sie hat an der Sciences Po Paris, dem King's College London und der London School of Economics (LSE) Politikwissenschaft und „*European Affairs*“ studiert. Erste Berufserfahrung sammelte sie bei Filmproduktionsfirmen für den deutsch-französischen Sender Arte und einem Labour-Abgeordneten in Westminster.

*Danksagung: Ich bedanke mich herzlich bei Sabine Ruß-Sattar (Uni Kassel, DGAP) und Manuel Müller (HU Berlin, Der europäische Föderalist) für die hilfreichen Anmerkungen und Kommentare sowie beim DPZ-Team (Philipp Sälhoff, Vincent Venus, Alban Genty, Lucas Matray und Falco Hüsson) für die operative Unterstützung.*

### Das Progressive Zentrum

*Das Progressive Zentrum* ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think Tank mit Sitz in Berlin. Ziel von *Das Progressive Zentrum* ist es, gemäß dem Dreiklang „*Vordenken – Vernetzen – Streiten*“ fortschritts- und innovationsorientierte Politikideen in die öffentliche Debatte und auf die politische Agenda zu bringen. Wir wollen dazu beitragen, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei beziehen wir besonders junge, verantwortungsbewusste VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in progressive Debatten ein.



### Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten von *Das Progressive Zentrum* auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2018

Ausgabe: April 2018

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert  
c/o Das Progressive Zentrum e.V.  
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach,  
Katarina Niewiedzial  
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

[www.progressives-zentrum.org](http://www.progressives-zentrum.org)  
[mail@progressives-zentrum.org](mailto:mail@progressives-zentrum.org)  
[www.facebook.com/dasprogressivezentrum](https://www.facebook.com/dasprogressivezentrum)  
twitter: @DPZ\_Berlin

Design: 4S & Collet Concepts  
Layout: Daniel Menzel